

dass es als Form des Dialogs in unserem Rechtssystem seinen Sinn hat, beizubehalten ist, dass es eher zu einer Befriedung führt und – jetzt kommt das Hauptargument – dass wir die Strafvollstreckungskammern nicht unnötig belasten wollen,

(Beifall von den GRÜNEN)

wenn den Betroffenen nur noch der direkte Rechtsweg offensteht.

Im Gesetz wird auch nicht die Frage beantwortet, wie der dann entstehende offensichtliche personelle Mehrbedarf bei den Strafvollstreckungskammern gedeckt werden soll? Wir sehen diesen Bedarf. Die Widerspruchsverfahren halten wir für vernünftig. Wir sehen hier einen Rechtsschutzabbau, eine Verkürzung von Rechtsmittelmöglichkeiten und glauben, dass wichtige Instrumente ohne Not abgebaut werden. Ich glaube nicht, dass sich die Strafvollstreckungskammern sehr darüber freuen werden, dass Sie dies tun.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Frau Düker. – Jetzt hat noch Herr Dr. Orth für die FDP das Wort.

**Dr. Robert Orth**<sup>\*)</sup> (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Es ist sehr wohltuend, dass wir zu so später Stunde kurz vor dem „Bergischen Abend“ eine sachliche Debatte führen. Man kann unterschiedlicher Auffassung sein; ich finde es aber gut, wenn man auch einmal Gemeinsamkeiten betont.

Insofern möchte ich nicht lange all das wiederholen, was der Kollege Giebels bereits gesagt hat. Natürlich sind auch wir für die Auflösung des Landesjustizvollzugsamtes. Ich denke, es ist wichtig, diese Mittelbehörde abzuschaffen. Wir stärken damit auch auf eine bestimmte Art und Weise die Verantwortung im Ministerium.

Die Verantwortung der Ministerin ist heute schon mehrfach angesprochen worden. Ich finde es nur gut und richtig, dass sie in Zukunft das Personal im Ministerium hat. Sonst wurde sie dafür verantwortlich gemacht, obwohl sie auf das, was im Land im Vollzug geschieht, relativ wenige Einflussmöglichkeiten hatte.

Wir vollenden das, wofür die SPD halbherzig nicht den Mut hatte. Sie hat sich nicht getraut, als sie vor einigen Jahren aus zwei Ämtern eines gemacht hat, den richtigen Schritt zu gehen und das Amt ganz aufzulösen. Man hätte schon damals

beide Ämter komplett auflösen sollen, anstatt diesen Zwischenschritt vorzunehmen.

Ich finde es gut, dass wir mehr Leute in die Anstalten bekommen, die vor Ort ihr Fachwissen einsetzen. Denn die Diskussion der letzten Monate hat auch gezeigt, dass Impulse von außen nötig sind, und das geschieht häufig durch neues Personal in den Anstalten. Insofern wird sich die Situation dort verbessern.

Wir sehen die Maßnahme ebenfalls im Kontext der Verschlinkung der Behördenstruktur in Nordrhein-Westfalen insgesamt. Ich bin froh, dass wir uns auf einen relativ zügigen Fahrplan einigen konnten, damit wir möglichst vor der Sommerpause, falls die Mehrheit dieses Hauses zu diesem Gesetzentwurf steht, für die Beschäftigten in den einzelnen Ämtern Planungssicherheit haben. Dafür ist ein gewisser Vorlauf nötig. Vielleicht sind Umzüge nötig, andere Arbeitswege entstehen, und andere Umfelder sind zu schaffen. Insofern ist es wichtig, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einem gewissen Vorlauf mitzunehmen.

Ich freue mich auf die weitere fachliche Debatte im Ausschuss. – Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Dr. Orth. – Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für die konzentrierte Debatte und schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 14/3980** an den **Rechtsausschuss**. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung einstimmig beschlossen.

Ich rufe auf:

**18 Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Festsetzung besonderer Stellenobergrenzen bei der Gemeindeprüfungsanstalt vom 30. April 2002**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/3878

erste Lesung

Eine Debatte ist heute nicht vorgesehen.

Wir stimmen ab. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 14/3878** an den **Innenausschuss** – federführend –

sowie den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf:

### 19 Integrierte Versorgung rheumakranker Menschen in NRW verbessern

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/4008

Auch hierüber ist eine Debatte nicht vorgesehen. Die Beratung soll nach Vorlage der Beschlussempfehlung des Ausschusses erfolgen.

Wir kommen deshalb unmittelbar zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 14/4008** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf:

### 20 Kein Flickenteppich auf Kosten junger Menschen

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/4012

Eine Debatte ist nicht vorgesehen. Die Beratung erfolgt nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses.

Wir stimmen ab. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 14/4012** an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie** – federführend – und den **Hauptausschuss**. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf:

### 21 Nachwahl eines Mitglieds des Landtags in den Stiftungsrat der „Stiftung des Landes Nordrhein-Westfalen für Wohlfahrtspflege“

Wahlvorschlag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/4028

Eine Debatte ist nicht vorgesehen.

Wir stimmen über den **Wahlvorschlag Drucksache 14/4028** ab. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist der Wahlvorschlag einstimmig **angenommen**.

Ich rufe auf:

### 22 Staatsverträge über die Übertragung von Aufgaben nach § 9 Abs. 1 und 10 Handelsgesetzbuch zur Errichtung und zum Betrieb eines gemeinsamen Registerportals der Länder zwischen Nordrhein-Westfalen und den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen

Antrag  
der Landesregierung  
auf Zustimmung zu Staatsverträgen  
gemäß Art. 66 Satz 2 LV  
Drucksache 14/3757

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Hauptausschusses  
Drucksache 14/3989

zweite Lesung

Es ist keine Debatte vorgesehen.

Wir kommen unmittelbar zur Abstimmung über die **Beschlussempfehlung** des **Hauptausschusses Drucksache 14/3989**, den Staatsverträgen zuzustimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so **beschlossen**.

Wir kommen zu:

### 23 Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht Verfassungsbeschwerde gegen § 5 Abs. 2 Nr. 11 in Verbindung mit § 7 Abs. 1, § 5 Abs. 3, § 5a Abs. 1 und § 13 VSG NRW in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen vom 20. Dezember 2006 (GV.NW 2006, S. 620)

1 BvR 370/07  
Vorlage 14/941

Beschlussempfehlung  
des Rechtsausschusses  
Drucksache 14/3867